

Redebeitrag zum Nachttanzdemo ‚45 Jahre JUZ‘ am 02.06.2018

*Liebe Feierende, Aktive und Freund*innen des JUZ, liebe Sympathisant*innen und solidarische Menschen,*

heute feiern wir das seit 45 Jahren bestehende Jugendzentrum in Selbstverwaltung. Es ist inzwischen nach dem kommunistischen Widerstandskämpfer Friedrich Dürr benannt. Ihm gelang die Flucht aus dem KZ-Dachau. Einen Tag vor der Ankunft der Alliierten im Jahr 1945 wurde er jedoch vor dem Rathaus von Dachau von der SS erschossen. Dieser Name erinnert uns daran: Die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus ist einer von vielen Eckpfeilern in der JUZ-Geschichte.

Wir können heute überhaupt nur feiern, weil wir die Schließungsanträge von CDU und Julien Ferrats von der FAMILIENPARTEI im letzten Dezember *zum wiederholten Mal* abwenden konnten. Dies war getragen von starkem, solidarischem Protest. Die Anträge instrumentalisierten politische Kampfbegriffe wie ‚Linksextremismus‘ und medial inszenierte Ereignisse wie die Debatte um G20 in Hamburg. Außerdem offenbarten sie, dass die CDU in Mannheim wenig Berührungängste mit Rechtsaußen hat und zeigten die ideologische Gemeinsamkeiten. Die CDU-Fraktion kalkulierte mit den Stimmen der ehemaligen AfD und Alfa und dem Neonazi-Schläger und NPD-Stadtrat Christian Hehl. Die Anträge zeigen uns, dass sich der gesellschaftliche Diskurs auch in Mannheim nach rechts verschoben hat. Soziale Ausschließung verschärft sich und die Anträge sind nur ein Ausdruck aktueller gesellschaftlicher Tendenzen. Auch in Mannheim hat die AfD, wie im gesamten Bundesgebiet, an Zuspruch gewonnen: Zur Bundestagswahl erhielt die AfD 12,8 % der Stimmen und im Mannheimer Norden erhielt sie zur letzten Landtagswahl sogar ein Direktmandat!

Doch das JUZ ist nicht einfach zu schließen und erst recht nicht zu ersetzen. Die Geschichte des JUZ ist Teil der Geschichte der Stadt Mannheim. Sie ist auch eine Geschichte, in der immer wieder Angriffe abgewehrt werden mussten und in der auch Kämpfe verloren wurden. Die Geschichte von Auseinandersetzungen um das JUZ ist eine Geschichte von Versuchen, Unliebsames wie z.B. unangepasste Jugendliche zu verdrängen. Sie spiegelt Vergangenes und Aktuelles wieder.

Wir befinden uns aktuell zum Teil in die Jahre der JUZ-Gründung zurückversetzt, als Schutzpolizei und Ordnungsamt mit massiver Gewalt gegen die Jugendlichen auf dem Paradeplatz vorgingen. Damals scheiterten die Jugendlichen, als sie rechtskonform handeln wollten: Sie meldeten Demonstrationen unter Rücksprache mit Ordnungs- und

Jugendamt an, die die Absprachen nicht an die entsprechenden Stellen weitergaben. Hinterher wurden sie dennoch bei den Bußgeldbescheiden vom Jugendamt im Stich gelassen. Die Presse, vor allem der Mannheimer Morgen, reproduzierte die Kriminalisierungsversuche der berechtigten Bedürfnisse der Jugendlichen nach Räumen frei von Fremdbestimmung und Konsumzwang.

In den Auseinandersetzungen der Vergangenheit ist die Beziehung zwischen JUZ und CDU von einer historischen Gegnerinnenschaft geprägt. Noch vor der offiziellen Gründung im Juni 1972 erklärte der zuständige Sozialbürgermeister Mannheims, Dr. Hans Martini von der CDU, „dass die Stadt das JUZ nicht räumlich und finanziell fördern kann.“ Seiner Meinung nach war die betreibende Gruppe des letzten bis dahin noch existierenden Jugendtreffs in der Innenstadt, des ‚Domizils‘, „sehr nach links abgerutscht“ und lag „außerhalb der demokratischen Parteien“. Immer wieder versuchte die CDU in den 45 Jahren dem JUZ den Zuschuss zu streichen oder es durch Sparmaßnahmen wirtschaftlich bankrott zu machen. Stets wurde auf vermeintliche finanzielle Notlagen verwiesen. Sie wollte allerdings nur für diese Zwecke kein Geld ausgeben. Mit anderen Projekten hatte die CDU weniger Probleme. Denn gleichzeitig forcierte sie den Bau von Prestige-Objekten, wie damals des Nibelungensaals und der Bundesgartenschau. Schon damals befanden die JUZis, dass diese Projekte „keines der brennenden Probleme Mannheims lösen“ können. 1994 dann wurde das JUZ vom Kaufhaus Engelhorn aus der Innenstadt verdrängt.

Verdrängung und Ausschließung bis hin zu Angriffen ist auch Teil der Stadtgeschichte. Dafür gibt es in Mannheim einige Beispiele. 1992 fanden in Mannheim-Schönau pogromartige Ausschreitungen statt, die sich in die vielen rassistischen Übergriffe im Zuge des nationalistischen Taumels der Wiedervereinigung einreihen lassen. Menschen mit Migrationsgeschichte waren weder in der Innenstadt noch am Stadtrand erwünscht. Bis heute schreitet die Verdrängung aus Wohnungen, wie im Jungbusch deutlich erkennbar, rasant voran und schließt dabei Minderheitengruppen und andere sozial wie wirtschaftlich Deklassierte aus. Racial Profiling am Neckarufer und der sogenannte „Brandbrief“ des Oberbürgermeisters Peter Kurz von der SPD sind nur zwei von zig alltäglichen Beispielen, wie die Forderung nach härteren Strafen mit rassistischen Ressentiments korrespondieren. Im „vielfältigen“ und „bunten“ Mannheim stehen damit diejenigen im Fokus, die auch sonst als ‚kriminell‘, ‚gefährlich‘ oder auch nur ‚anders‘ gelten. Am liebsten kein Alkohol und keine als asozial Stigmatisierten und am liebsten auch keine lärmenden Jugendlichen oder keine Jugendhäuser mehr in Innenstadtnähe. Die Verantwortlichen befördern die „Unwirtlichkeit der Städte“ in gleichem Maße wie Militarisierung und soziale Ausschließung. Sie benötigen wahrlich keine

Debatte mehr darum, wie die Städte fernab des Konsumzwangs wieder lebenswerter werden.

Berthold Simonsohn, Überlebender verschiedener Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialist*innen, sagte als Inhaber des Lehrstuhls für Soziapädagogik und Jugendstrafrecht an der Uni Frankfurt im Jahr 1968:

„Ganz besonders jetzt, wo die Hüter der Ordnung und Staatsautorität sich anschicken, ihre Gewalt verstärkt zu etablieren, Demokratie, Rechtsstaat und Grundgesetz mehr noch, als es ohnehin der Fall ist, auszuhöhlen, nach Verboten, Schnelljustiz, Ausschluss und Existenzvernichtung schreien und alles diffamieren, was anders aussieht, anders sich benimmt und anders denkt. Ihre staatsmännische Weisheit erschöpft sich darin, in Begriffen von Härte, Gummiknüppeln, Schlagstöcken zu denken und vielleicht nach Schlimmerem zu rufen. [...] Der Mord von rechts hat in unserem Lande eine alte Tradition, Tausende sind ihm zum Opfer gefallen [...]. Gerade die Erziehung zum Glauben an die Heiligkeit und Weisheit der Staatsautorität ist das Unglück der deutschen Geschichte und hat in diesem Jahrhundert Millionen in Tod und Elend gestürzt und die Welt zweimal in Brand gesetzt.“¹

Es ist höchst beängstigend, wie viel Aktualität noch nach 50 Jahren in seinen Worten steckt. Genau am heutigen Tage vor 51 Jahren fand der Totschlag Benno Ohnesorgs durch einen deutschen Polizisten während dem Protest gegen das diktatorische Regime des Schahs im Iran statt. In der Semesteransprache verweist Simonsohn darauf, dass es Staat und Presse damals in weniger als einem Jahr gelungen war in Vergessenheit zu bringen, dass am Anfang der Radikalisierung der 68er-Proteste dieser Mord stand. 50 Jahre ist die Verabschiedung der Notstandsgesetze unter der ersten Großen Koalition, nun her. Sie waren ein massiver Eingriff in die Grundrechte, der zugleich den Einsatz des Militärs im Inneren verfassungsrechtlich absicherte. Nun werden die „Gewalt“ der „Staatsautorität“ und die ausgehöhlte Rechtsstaatlichkeit nur wieder allzu offensichtlich.

Waren die Notstandsgesetze zumindest zugleich der Auslöser für eine Entmilitarisierung der Polizei, so finden gegenwärtig ihre Remilitarisierung und der Ausbau der gesamten Sicherheitsarchitektur Deutschlands statt: Neben Bayern wurde in Baden-Württemberg eines der schärfsten Polizeigesetze Deutschlands erlassen. Es umfasst erweiterte Überwachungsbefugnisse selbst bei nur kriminellen (und nicht terroristischen) Vergehen sowie Explosivmittel für Polizeisondereinheiten..

1 zit. n. Aden-Grossmann, 2008: 304f.

Hier vor Ort verfügt der Kommunale Ordnungsdienst bereits über einige polizeiliche Befugnisse. Bspw. ist er neben der Verkehrsüberwachung auch für die „Gefahrenabwehr“ zuständig. An sämtlichen öffentlichen Plätzen werden Kameras installiert.

Die Mannheimer CDU beklagte im Schließungsantrag, dass sich das JUZ „zu keinem Zeitpunkt von der Gewalt in Hamburg [während der G20-Protteste] distanziert[e]“. Fernab der Frage, was es bringen soll, wenn sich irgendein Jugendzentrum in Baden-Württemberg von irgendwelchen fernen Ereignissen distanzieren soll, mit denen es in keinem Verhältnis steht, fragen wir uns: „Wann hat sich die CDU jemals von Hetzer*innen wie Erika Steinbach oder von den rassistischen Äußerungen ihrer Schwesterpartei der CSU distanziert“? Stattdessen wurde einer ihrer größten Hetzer, der die ‚Obergrenze‘ und Grenzschießungen forderte und bekanntlich ein großer Fan Victor Orbàns ist, nun ‚Innen- und Heimatminister‘. Und die Koryphäen des Ausnahmezustands in Hamburg, der damalige Einsatzleiter Hartmut Dudde und ehemalige Bürgermeister Olaf Scholz, sind nun Leiter der Hamburger Schutzpolizei und sogar Vize-Kanzler der BRD. Im Zuge der G20-Protteste wurden zudem unter wilden Konstruktionen, wie im Falle der unabhängigen, linken Informationsplattform ‚linksunten.Indymedia.org‘ unter Bezug auf das Vereinsgesetz, weitere rechtsstaatliche Prinzipien gebrochen: Hier hebelte das Bundesinnenministerium unter de Maiziere das Trennungsgebot von Geheimdiensten und Polizei schlicht und einfach aus. Die nach G20 beschlossenen erweiterten Festsetzungsbefugnisse auf Demonstrationen trafen als einen der ersten einen Mannheimer Antifaschisten. Er wurde während der Neonazi-Demonstration „Tag der deutschen Zukunft“ aus den Gegenprotesten herausgegriffen. Dabei schlug und trat ihn die Polizei und er erlitt Prellungen, Schürfwunden und eine Gehirnerschütterung. Grund für die Verhaftung - und letztlich auch die Verurteilung - waren laut Aussage der drei geladenen Polizeizeugen Schläge auf die Hände eines Polizisten. Der Polizisten gab vor Gericht sogar zu, diese während des Geschehens nicht gespürt zu haben. Was zeigt uns das? Dieses Vorgehen zeigt einen neuen gesellschaftlichen Konsens an, der den Neonazis nicht nur Diskursanteile, also die freie Rede ihrer antisemitischen, rassistischen und anderer menschenverachtenden Hetze zugesteht, sondern ihnen auch das ‚Recht auf Straße‘ wieder zusehends gewährt.

Die 45-jährige Geschichte des JUZ nehmen wir heute aber auch zum Anlass um uns zu freuen.

Sie ist nämlich auch eine Geschichte, in der viel gefeiert, gelernt und diskutiert wurde. Mehrere Generationen an Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben mindestens einen Teil ihrer Jugend im JUZ verbracht. Jugendliche finden hier immer noch einen Anlaufpunkt um sich zu

engagieren ihre Freizeit selbst zu gestalten oder einfach nur abzuhängen. Es finden sowohl kulturelle als auch politische Veranstaltungen statt. Das Prinzip der Selbstverwaltung ist seit Gründung des JUZ bestimmend. Dieses vielfältige Engagement wird von der Stadt Mannheim inzwischen anerkannt, indem das JUZ seit langen Jahren Träger der Jugendförderung ist.

Für diese Geschichte und dieses JUZ machen wir heute diese Demo und das ist Anlass für unsere heutige Party. 45 Jahre JUZ heißt zugleich, Freund*innenschaften, Feiern, Politik und Selbstverwaltung : 45 Jahre Aufbegehren gegen politische Repression und autoritäres Denken, gegen Verdrängung und neoliberale Sparpolitik!

Danke